

Konzeptionelle Eckpunkte für die Schaffung von Inobhutnahmeeinrichtungen für 16 – 17 jährige unbegleitete Minderjährige an vorerst vier geplanten zentralen Standorten Bayern (Stand 15. November 2013)

1. Ziel und regionale Zuordnung:

Spätestens im ersten Quartal 2014 soll die Inobhutnahme 16 – 17 Jähriger (im Einzelfall ab 14 Jahre¹) unbegleiteter Minderjähriger² an vier zentralen Standorten in Bayern in Inobhutnahmeeinrichtungen (zentrale Inobhutnahmeeinrichtungen)³ unter dem Dach der Jugendhilfe erfolgen können. Für diese Zielgruppe werden deshalb zusätzliche Plätze in der Jugendhilfe geschaffen. Die bisherige Praxis der Inobhutnahme für die unter 16jährigen wird davon nicht berührt. Die jeweils vorzuhaltenden Platzzahlen und Unterbringungen werden angelehnt an die DV-Asyl ermittelt. Die Verweildauer der unbegleiteten Minderjährigen in der zentralen Inobhutnahmeeinrichtung soll dabei in der Regel, bis zur Verteilung in eine für sie geeignete Jugendhilfeeinrichtung oder -maßnahme, nicht länger als zwei bis drei Monate betragen. Die konzeptionellen Eckpunkte dienen dazu, sicherzustellen, dass möglichst von Beginn an eine gleichermaßen gute Betreuung der unbegleiteten Minderjährigen gewährleistet ist und die notwendige Verteilung positiv unterstützt wird.

Die anschließende Verteilung soll dabei in der Regel in eine Folgeeinrichtung innerhalb dem der zentralen Inobhutnahmeeinrichtung zugeordneten Regierungsbezirk erfolgen.

Geplante Standorte, Platzzahlen und zugeordnete Regierungsbezirke:

- München, ca. 50 Plätze, Regierungsbezirk Oberbayern
- Augsburg, ca. 25 Plätze, Regierungsbezirk Schwaben
- Nürnberg, ca. 50 Plätze, Regierungsbezirke Mittelfranken, Oberfranken und Unterfranken
- Regensburg (angefragt), ca. 25 Plätze, Regierungsbezirke Oberpfalz und Niederbayern

¹ In begründeten Einzelfällen, wie z.B. bei Geschwistern

² Meist wird die Personengruppe, von der hier die Rede ist, als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) bezeichnet. Nach Definition von Amnesty International ist die Bezeichnung umF jedoch nicht korrekt und wird deshalb nicht verwendet.

³ An einem Standort sind auch mehrere Inobhutnahmeeinrichtungen möglich (vgl. Ziff. 3), die als zentrale Inobhutnahmeeinrichtungen bezeichnet werden.

Nach den gesetzlichen Regelungen des SGB VIII ist das Jugendamt fallzuständig, in dessen Zuständigkeitsbereich der/die unbegleitete Minderjährige erstmals aufgegriffen wurde. Dieses Jugendamt muss von den ggf. beteiligten Stellen (z.B. Bundespolizei) informiert werden, damit die Inobhutnahme und alle damit verbundenen Aufgaben durchgeführt werden können.

2. Belegung der zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen:

Vorrangig werden die unbegleiteten Minderjährigen in den zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen untergebracht, in deren zugeordneten Regierungsbezirken sie in Obhut genommen wurden (siehe oben). Auf eine gleichmäßige Belegung innerhalb Bayerns ist jedoch zu achten. Vorübergehende, über die bestehende Platzkapazität der vorhandenen zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen hinausgehende Bedarfe, können einerseits durch flexible Erweiterungskonzepte der zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen selbst, andererseits auch durch ortsnahe Kooperationen mit im Umgang mit der Zielgruppe erfahrenen Jugendhilfeeinrichtungen abgedeckt werden.

Die steuerungsverantwortlichen Jugendämter der vier Standorte der zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen sind gehalten, über ein gemeinsames Portal einen Überblick zur aktuellen Belegungssituation der zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen sicherzustellen.

Ein gemeinsames Begleitgremium der für die vier Standorte zuständigen Jugendämter, der zuständigen Sachgebiete 13 und 14 bei den Regierungen, dem Bayerischen Landesjugendamt sowie der zuständigen Referate des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration wertet die Belegungssituation und Platzbedarfe der zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen regelmäßig aus und entwickelt Lösungsvorschläge zu sich ergebenden Handlungserfordernissen.

3. Größe der zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen:

Die zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen für unbegleitete Minderjährige sollen eine maximale Belegungskapazität von 50 Jugendlichen nicht überschreiten. Je nach räumlichen Gegebenheiten und konzeptionellen Rahmenbedingungen kann die Gruppengröße von 8 – 12 Personen variieren. Es wird empfohlen, die Mindestgröße einer zentralen Inobhutnahmeeinrichtung für unbegleitete Minderjährige, wenn sie eigenständig geführt wird, aus organisatorischen Erwägungen, incl. des notwendigen gruppenübergreifenden Personaleinsatzes, mindestens mit 2 Gruppen zu planen. Als Teil einer größeren Jugendhilfeeinrichtung kann der gruppenübergreifende Personaleinsatz in der Regel jedoch auch gut eingruppigt sichergestellt werden.

4. Erforderliche Qualitätsstandards:

Die zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen für unbegleitete Minderjährige müssen die erforderlichen Voraussetzungen einer Inobhutnahmeeinrichtung der Jugendhilfe erfüllen und eine entsprechende Betriebserlaubnis vorweisen. In der örtlichen Infrastruktur müssen eine akzeptable Verkehrsanbindung, die notwendige Ärzteversorgung sowie altersgerechte Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung gewährleistet sein. Das Personal sollte über die nötige interkulturelle Kompetenz verfügen. Das bedeutet z.B. in der Regel über Fremdsprachenkenntnisse zu verfügen, mit unterschiedlichen kulturellen Gepflogenheiten ausreichend vertraut zu sein und die nötige Offenheit mitzubringen, z.B. auch durch Gestik und Mimik den Verständigungsprozess gestalten zu können.

Das Erlernen der deutschen Sprache durch Fachkräfte (Lehrende für Deutsch als Zweitsprache) ist durch die Vorhaltung geeigneter - konzeptionell beschriebener - Angebote von Beginn an sicherzustellen.

Die zuständigen Heimaufsichten der Regierungen stimmen sich insbesondere in der Weiterentwicklung der Standards für die zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen regelmäßig ab, um einen einheitlichen Vollzug in Bayern zu gewährleisten.

5. Hauptaufgaben der zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen, des Jugendamtes und der Vormünder:

Im Prozess der Inobhutnahme der Jugendlichen bis hin zur erfolgreichen Verteilung/Vermittlung in eine geeignete Jugendhilfeeinrichtung oder Jugendhilfemaßnahme kommt es entscheidend darauf an, dass zwischen der zentralen Inobhutnahmeeinrichtung, dem fallzuständigen Jugendamt sowie den Vormündern möglichst große Aufgabenklarheit besteht. Es gilt, Überschneidungen oder widersprüchliche Signale gegenüber den Jugendlichen zu vermeiden sowie einen möglichst reibungslosen und raschen Übergang in eine geeignete Jugendhilfemaßnahme zu gewährleisten.

Die Aufgaben der zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen können nicht unabhängig von den Aufgaben des fallzuständigen Jugendamtes und der Vormünder beschrieben werden. Im Folgenden werden deshalb einerseits die Aufgaben der zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen in Eckpunkten benannt, andererseits die Aufgaben der fallzuständigen Jugendämter und der Vormünder ebenfalls skizziert.

a) Aufgaben, die in den Zuständigkeitsbereich der zentralen Inobhutnahmeeinrichtung fallen:

Die Hauptaufgabe der zentralen Inobhutnahmeeinrichtung liegt im Wesentlichen im Bereich der pädagogischen Betreuung der unbegleiteten Minderjährigen sowie in der fachkompetenten Beratung für die steuerungsverantwortliche Stelle des fallzuständigen Jugendamtes.

Dies heißt im Einzelnen vor allem:

- Dem besonderen Schutzbedürfnis in dieser sensiblen Phase nach der Flucht wird Rechnung getragen;
- Gewährleistung der Grundversorgung (materiell, pädagogisch, medizinisch);
- Führen eines Aufnahmegesprächs (Anamnese), bei Bedarf unter Hinzuziehung von Sprachmittlern;
- Organisation einer geregelten Tagesstruktur für den Einzelnen und im Gruppenalltag (gemeinsames Essen, Kochen, Einkaufen – Umgang mit Geld – ggf. Regeln zur Körperpflege – regelmäßiger Besuch Deutschförderkurs – gemeinsame Aktivitäten - Gruppengespräche –notwendige Begleitung zum Arzt oder Ämtern – etc...);
- Medizinische Abklärung und ggf. in Abstimmung mit dem Jugendamt Einleitung entsprechender Behandlungen;
- Vermittlung von Normen, Werten, Regeln der hiesigen, für sie fremden Kultur und Ethik als erste Orientierungshilfe;
- Anbahnung des Erlernens der deutschen Sprache;
- Erste Einschätzung des Jugendhilfebedarfs, Sicherstellung ggf. notwendiger ergänzender psychologischer Diagnostik und Entwicklung einer Empfehlung zur weiteren Unterbringungsperspektive;
- Vertiefende Klärung des vorhandenen Bildungsstands, von besonderen Kenntnissen und Fertigkeiten sowie ggf. zu berücksichtigender verwandtschaftlicher oder freundschaftlicher Bezüge;
- Erstellung eines Clearingberichtes mit Aussagen:
 - o zum familiären und soziokulturellen Hintergrund
 - o zum gesundheitlichen, psychischen und geistigen Entwicklungsstand
 - o zum Sozialverhalten und möglichen Verhaltensauffälligkeiten
 - o zu Fähigkeiten und Ressourcen

- zur schulischen und/oder beruflichen Ausgangssituation und Entwicklungsmöglichkeiten
- zum Lernverhalten
- zur alltagspraktischen Selbständigkeit
- zu möglichen traumatischen Belastungen und deren Auswirkungen
- zum ausländerrechtlichen Status
- zum Bedarf an Hilfen zur Erziehung oder anderen Leistungen der Jugendhilfe oder möglicher anderer Kostenträger; Vorschläge zur Formulierung von Zielen und Maßnahmen in der Jugendhilfe

Die Umsetzung der Eckpunkte ist in einem Konzept schlüssig darzulegen und regelmäßig weiterzuentwickeln. Dabei ist insbesondere auch auf die Sicherung der Rechte von unbegleiteten Minderjährigen durch geeignete Verfahren der Beteiligung sowie die Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten zu achten.

b) Aufgaben des fallzuständigen Jugendamtes und der Vormünder:

Die Hauptaufgabe des fallzuständigen Jugendamtes liegt im Wesentlichen im Bereich der Sicherstellung aller formal notwendigen Abläufe (Inobhutnahme) sowie der zügigen Akquise und Entscheidung über die geeignete Jugendhilfemaßnahme im Anschluss an die Inobhutnahmeeinrichtung (Beendigung der Inobhutnahme und Verteilung) auf Grundlage des Clearings durch die zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen.

Dies heißt im Einzelnen vor allem:

- Aufnahme der Personalien des Jugendlichen;
- Meldung der Personalien an den Beauftragten des Freistaates Bayern für die Aufnahme und Verteilung ausländischer Flüchtlinge und unerlaubt eingereister Ausländer in der Zentralen Aufnahmeeinrichtung Zirndorf (LABEA); dort Eingabe der erfassten Daten im integrierten Migrantenverwaltungssystem (iMVS);
- Weiterleitung des Jugendlichen an die zentrale Inobhutnahmeeinrichtung;
- Prüfung der Inobhutnahmevoraussetzungen (hierunter fällt auch die Alterseinschätzung, ggf. unter Hinzuziehung eines medizinischen Gutachtens);

- Durchführung der Inobhutnahme, Antrag auf Feststellung des Ruhens der elterlichen Sorge sowie Anregung einer Vormundschaft und zeitnahe Durchführung (in der Regel innerhalb 24 Std. nach Ankunft) eines Erstgesprächs unter Hinzuziehung eines Sprachmittlers. Dafür sollten geeignete Räumlichkeiten in den zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen vorgehalten werden. Dabei steht vor allem die Erläuterung der zu erwartenden Abläufe bis hin zur Verteilung, zu den Aufgaben der unterschiedlichen Ansprechpersonen sowie Erläuterung relevanter ausländerrechtlicher Fragen (die vom Vormund zu klären sind), Aufnahme wichtiger persönlicher Daten und Hintergrundinformationen z.B. zu Bildungsstatus und ggf. bereits bestehender Bezüge in Deutschland, etc... im Vordergrund;
- Entscheidung über die Einleitung medizinischer oder therapeutischer Maßnahmen im akuten Bedarfsfall (z.B. Ausstellen von Krankenscheinen);
- In Rückkopplung mit und auf Basis der Empfehlung der zentralen Inobhutnahmeeinrichtung Auswahl einer geeigneten Jugendhilfeeinrichtung für die unbegleiteten Minderjährigen (in der Regel innerhalb des zugeordneten Regierungsbezirkes) und unter Einbeziehung des für die Hilfestellung künftig zuständigen Jugendamts Einleitung des entsprechenden Verteilungsverfahrens sowie formale Beendigung der Inobhutnahme – auf die Beteiligung des Vormunds und der Jugendlichen entsprechend § 36 Abs. 1 Satz 3 SGB VIII ist dabei zu achten;
- Meldung der geplanten Verteilung an den LABEA in Zirndorf (vgl. hierzu auch Punkt 8 bis 12 des Leitfadens zum Verfahrensablauf bei Ankunft eines unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbers);
- Ggf. Ergänzung des Clearingberichtes;
- Ggf. Klärung der Übergabe der Vormundschaft an das örtlich zuständige Jugendamt bei der Nachfolgeeinrichtung durch den Vormund;
- Abwicklung der Kostenerstattung im Rahmen des bundesweiten Umlageverfahrens.

Die Hauptaufgabe des Vormundes ist im Wesentlichen, darauf zu achten, dass die Rechte des unbegleiteten Minderjährigen im gesamten Verfahren gewahrt sind. Der Vormund ist für die Jugendlichen erste Ansprechperson wenn sie den Eindruck haben, dass mit ihren Anliegen nicht in adäquater Weise umgegangen wird. Der Vormund hat auch die Aufgabe, den Jugendlichen im Einzelfall dabei zu unterstützen, die Handlungsmöglichkeiten innerhalb der bestehenden Strukturen zu verstehen und das Für und Wider bzgl. unterschiedlicher Optionen abzuwägen. Er stellt zum Ende der Inobhutnahme den ggf. notwendigen Antrag auf eine

Jugendhilfemaßnahme. Darüber hinaus ist der Vormund für die Wahrnehmung aller Handlungen im Rahmen der gesetzlichen Vertretung, z.B. Schulanmeldung, Einwilligung zu medizinisch erforderlichen Behandlungen, Vertretung in ausländerrechtlichen Angelegenheiten usw., verantwortlich.

6. Gelingensfaktor Verteilung:

Die bisherige Erfahrung bei der Aufnahme und Verteilung unbegleiteter Minderjähriger hat gezeigt, dass das reibungslose Funktionieren der zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen von drei Außenfaktoren wesentlich mit abhängt.

- Von der ausreichenden Anzahl verfügbarer Jugendhilfeplätze, um die Jugendlichen regelmäßig nach spätestens zwei bis drei Monaten verteilen zu können;
- Von einer ausreichenden Angebotsbreite, um die passgenaue Unterbringung gewährleisten zu können (eingestreute Plätze, reine Mädchen-/Jungengruppen, Einrichtungen, die sich auf unbegleitete Minderjährige spezialisiert haben, Mutter-Kind-Einrichtungen, Einrichtungen mit besonderen Qualifizierungsangeboten oder schulischem Umfeld, Berücksichtigung besonderer Betreuungsbedarfe oder therapeutischer Erfordernisse, etc...);
- Von der notwendigen Flexibilität des Gesamtsystems, um auch mit stärkeren Schwankungen der Flüchtlingsströme umgehen zu können.

Die Heimaufsichten der Regierungen haben hierzu bereits im bisherigen System wesentliche Beiträge geleistet, um im Zusammenspiel mit der Trägerlandschaft im jeweiligen Regierungsbezirk gute Voraussetzungen zu schaffen. Sie sind zuständig für die Beratung, die Erteilung der Betriebserlaubnisse und die Überprüfung der Einhaltung von festgelegten Standards.

Die steuerungsverantwortlichen Jugendämter für die zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen werden in Zukunft ebenfalls gemeinsam mit den Heimaufsichten aktiv auf die Einrichtungsträger zugehen und sich mit deren Angebotsstruktur qualitativ und quantitativ auseinandersetzen.

Ein enger Austausch zwischen diesen Stellen ist neben dem in Pkt. 2 benannten Begleitgremium, bezogen auf die den Standorten zugeordneten Regierungsbezirken für die Weiterentwicklung des Gesamtsystems deshalb dringend erforderlich und muss regelmäßig gepflegt werden.

7. Überprüfung und Anpassung der Eckpunkte:

Dringende Anpassungsbedarfe während des laufenden Umsetzungsprozesses werden in dem in Pkt. 2 beschriebenen Begleitgremium besprochen und geeignete Lösungsvorschläge abgestimmt.

Eine grundsätzliche Überprüfung und ggf. Anpassung der Eckpunkte für die Inobhutnahme der 16 – 17 jährigen unbegleiteten Minderjährigen in Bayern soll ab dem 3ten Quartal 2015 erfolgen.